(Abg. Döring)

Meine Damen und Herren, auch wenn man in Bezug auf die Entwicklung der Beitragsergebnisse alle Grundannahmen einer mehrfachen Plausibilitätsprüfung unterzogen hat, kann niemand exakt vorhersagen, welche Ertragsverbesserungen mit dem neuen Modell verbunden sind. Allerdings kann man, denke ich, schon davon ausgehen, dass für den Zeitraum 2013 bis 2016 eine Stabilisierung der Beitragserträge erreicht werden kann und damit die Rundfunkanstalten auch ihren gesetzlichen Programmauftrag erfüllen können.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf uneingeschränkt zu. Wir werden uns aber einer Ausschuss-Sitzung nicht verschließen und auch wenn wir den Entschließungsantrag schon sehr kritisch sehen, einige Aspekte sehr wohl vernünftig beschrieben sind, aber sich dann doch Ihre Klientel-Politik hier wirklich deutlich macht, werden wir auch zustimmen, dass dieser Antrag an den Ausschuss überwiesen wird. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Döring. Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Meyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich versuche mich an einigen Punkten festzuhalten, die noch nicht mehrfach genannt worden sind.

Mal grundsätzlich angefangen Richtung der FDP: Der Beitrag, der jetzt regelmäßig für ein Gerät bezahlt werden muss oder für zwei Geräte, also beispielsweise für einen Haushalt, von 17,98 € ist seit Jahren konstant und soll auch in den nächsten Jahren konstant bleiben. Es muss hier vielleicht noch einmal daran erinnert werden, dass konstante Beiträge quasi sinkende Beiträge sind, denn das bedeutet, dass die Inflation genauso wie die Lohnsteigerungen nicht eingerechnet werden.

(Beifall SPD)

Man müsste eigentlich im Prinzip sagen, in den Worten gesprochen, die die FDP immer benutzt, hier geht es in diesem Fall nicht um kalte Progression, sondern um warme Degression. Der Anteil der Kosten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk pro Haushalt sinkt kontinuierlich von Jahr zu Jahr derzeit und das soll auch so bleiben. Die Unterstellung im Rahmen der Diskussion über den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, dass dabei auch Gebührenmehreinnahmen zu erwarten sind, entbehrt insofern deshalb schon jeder Grundlage, weil, wie Sie hoffentlich auch wissen, die KEF dafür sorgen wird,

dass, wenn es so wäre, dass, wenn ab 2013 tatsächlich durch die Umstellung, ich nehme jetzt mal eine gegriffene Zahl, eine sehr hohe gegriffene Zahl, 500 Mio. € Mehreinnahmen zu verzeichnen wären für die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen - das war eine sehr hoch gegriffene Zahl, Herr Bergemann, ich weiß schon, deshalb habe ich es bewusst so hoch gesetzt -, dann müssten diese Anstalten nachweisen, dass sie dieses Geld abschmelzenderweise im nächsten Jahr dafür benutzen, den Gebührenbeitrag nicht steigen zu lassen. Das heißt, es würde noch viel länger dafür Sorge getragen werden, dass in diesem Fall dann pro Haushalt die Kosten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anteilmäßig weiter sinken. Das kann nur in Ihrem Sinn sein.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Was machen wir, wenn es umgekehrt ist?)

Wenn es umgekehrt wäre, dass es weniger Einnahmen gibt, was man ja auch vermuten könnte, diskutieren wir über die Kosten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt, aber nicht über die Frage, wie eingezogen wird, was wir heute tun.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Aber in welcher Höhe?)

Ja, die auskömmliche Höhe, auch wenn Sie bei dem Thema sind, ohne jetzt hier ein Gespräch mit Ihnen anzufangen, ich bin der Meinung, der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland hat nicht nur die höchsten Kosten, er hat auch die höchste Qualität. Wir könnten doch auch mal darüber diskutieren, welche Qualität Sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk woanders vorfinden. Da will ich jetzt gar nicht über Italien sprechen, sondern auch beispielsweise England. Das, was die Engländer mit der BBC machen, das hat hohe Qualität, aber von der Menge her nicht vergleichbar mit unserer beispielsweise. Das hat schon seine Gründe, warum wir 5,5 Mrd. € für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgeben wollen, das wollen wir alle, denn wir haben dafür Mehrheiten geschaffen. Das ist ja nicht der Wunsch und Wille von irgendwelchen linksradikalen Medienmachern. Das war der erste Aspekt.

Der zweite Aspekt, der mir wichtig ist, dieses neue Rundfunksystem, was die Bezahlung angeht der Gebühren, ist gerechter, aber noch lange nicht gerecht, weil - gerecht im Sinne von vollständig - gerecht sein kann es überhaupt nicht. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass gerade wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diejenigen sind, die in diesem konkreten Fall bei ihrer Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf gerade gegen Ihre Klientel handeln. Wir haben beim MDR-Rundfunkrat deutlich gehört, dass es zum Beispiel bei den Schwarzsehern und Schwarzhörern Gruppen gibt, die offensichtlich eine gewisse Korrelation zu unseren Wählern, meinen Wählern, ja, haben. Denn nur so ist es zu erklären, dass in den Stadtteilen von Berlin, die die höchsten

(Abg. Meyer)

Wählerquoten von GRÜNEN aufweisen, praktisch gar keine Kontrollen mehr stattfinden. In Kreuzberg und Friedrichshain wird nicht mehr kontrolliert, da traut sich kein Kontrolleur mehr hin, was sehr ungerrecht ist. Und das können nicht nur die paar CDU-Wähler sein, die paar FDPler, die hier rumsitzen, das glaube ich einfach nicht.

(Unruhe CDU, FDP)

Ich wollte damit deutlich machen, dass genau auch in diesem Fall wir bereit sind, gegen unsere Klientelinteressen zu handeln. Mögen das alle anderen hier auch tun. Da komme ich noch dazu.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: In Jena ist das anders.)

In Jena ist das anders? Aber das können Sie von der Korrelation nicht nachweisen, aber in Berlin-Kreuzberg kann man das schon bei 60 Prozent Grün-Wählern ohne Weiteres. Für die kleine Gruppe der seriösen Nichtnutzer ist es auch ungerecht. Auch da treffen wir durchaus unsere Klientel, die Affinität von Menschen, die uns wählen, zu einem vollständigen Verzicht auf Rundfunk und Fernsehen ist höher als in der Durchschnittsbevölkerung. Auch das müssen wir als Partei aushalten und das tun wir auch. Für Betriebe, da muss ich jetzt zur Abwechslung der FDP wenigstens ein bisschen recht geben, ist diese neue Idee auch ungerecht, weil es tatsächlich ungerecht ist - und dazu habe ich auch geklopft, Herr Koppe, bei Ihrem Beitrag -, dass Großbetriebe pro Mitarbeitendem weniger Gebühren für angemeldete Geräte zahlen sollen als Kleinbetriebe. Warum ein Unternehmen mit 20.000 Beschäftigten 180 Beiträge zahlen soll - die Annahme heißt, dort sind 180 Geräte vorhanden - widerspricht jeder menschlichen Logik. Das heißt, das Plädoyer der FDP, die Großbetriebe stärker zu belasten, trifft unsere volle Zustimmung, nicht die Entlastung der Kleinen, die sind sowieso schon entlastet, 90 Prozent zahlen überhaupt nicht oder maximal einen Beitrag, aber dass die FDP fordert, die Großbetriebe stärker zu belasten, da sind wir bei Ihnen. Wenn das nachher herauskommt in der Debatte, bin ich dabei.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also für 20.000 Beschäftigte 1.000 Einheiten, damit das parallel läuft, jederzeit und gerne. Das habe ich noch nie gehört.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Es ging um das Verhältnis.)

Ja, das meine ich schon. Nur das Verhältnis würde bedeuten, dass dann bei 20.000 Beschäftigten auch 1.000 Einheiten bezahlt werden müssten. Da bin ich ganz bei Ihnen. Das kann sich VW leisten. Das kann sich auch Opel leisten.

Dann noch das berühmte Thema der Kfz und der Filialen. Wenn ich darf, dann zitiere ich mal aus ei-

nem Brief des Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks an die MDR-Rundfunkräte zu diesem Thema: „Behauptungen, wonach Filialbetriebe aufgrund dieser Staffelung künftig mit Steigerungen von mehreren 100 Prozent rechnen müssen, sind oft nicht nachvollziehbar. Sie legen häufig einen zu niedrigen Vergleichsbetrag zugrunde. Statt davon auszugehen, was die Betriebe heute zahlen müssten, wenn die Geräte ordnungsgemäß angemeldet wären, gehen sie offensichtlich davon aus, was tatsächlich bezahlt wird.“ Um das mal an einer Zahl deutlich zu machen, möchte ich wiederum zitieren mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident - Frau Präsidentin, entschuldigen Sie.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Also, ich wäre da nachtragend.)

Nein, das war negativ gegendert. Bei den Autoradios wird unterstellt, dass 600 Mio. € an Gebühreneinnahmen zustande kommen, wenn alle Halter dieser Autoradios bezahlen müssen. Das stimmt. Nur bislang werden 70 Prozent der jetzt schon eigentlich der Bezahlung unterliegenden Autoradios nicht angemeldet. Wenn man das natürlich annimmt, dann hat man auf einmal die Situation, dass 400 Mio. € fehlen, eigentlich bereits heute schon. Wenn alle angemeldet wären, würde sich die Zahl der Mehrkosten pro Autoradio auf 23 Cent pro Monat belaufen. Das ist allerdings eine hohe Belastung für alle Autohändler. Das bedauern wir zutiefst, nehmen es aber im Sinne der Gerechtigkeit hin, tatsächlich tun wir das.

Eine letzte Bemerkung trifft eine Gruppe, zu der auch schon mehrfach gesprochen wurde. Natürlich muss man dafür sorgen, dass beispielsweise behinderte Menschen sinnvollerweise von Gebührenbelastungen entlastet werden. Das aber ist grundsätzlich immer Aufgabe des Staates und nicht einer Selbstverwaltungskörperschaft, wie dem öffentlichen Rundfunk. Der muss seine Einnahmen generieren und dann sollten wir als Staat dafür sorgen, dass entsprechend dafür gesorgt wird, dass eine Entlastung stattfindet über Hartz-IV-Regelsätze, etc. Warum ein Millionär, der zufälligerweise auch noch eine Behinderung von über 50 Prozent hat, die ihn berechtigen würde, nach heutigen Gesichtspunkten befreit zu werden, diese Befreiung weiterhin behalten soll, das erklärt mir keiner.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Kommt das denn vor in der Realität?)

Das kommt allerdings selbstverständlich vor. Heutzutage kann jeder, der eine Behinderung von über 50 Prozent nachweist, dafür sorgen, dass er von der Gebühr befreit wird.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: ... dass er auch Millionär ist, wenn Sie solche absurden Vergleiche aufführen?)

(Abg. Meyer)

Dann will ich mal darauf hinweisen, dass der Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks, den Sie eben bezichtigt haben, so viel Geld zu verdienen, meiner Ansicht nach Millionär sein dürfte und der ist behindert. Das ist beispielsweise einer der Fälle. Der könnte sich von der Gebühr befreien lassen, Herr Kemmerich.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Und der Zweite?)

Und der Zweite? Sie wollen mich doch jetzt veräppeln, oder? Die Zahl der Behinderten dürfte auf der Welt und bei den Millionären gleichmäßig verteilt sein. Auch Millionäre dürften meiner Ansicht

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nach genauso häufig behindert sein und wenn es auch nur darum geht, dass sie Diabetes haben von der vielen Arbeit, die sie leisten müssen. Möge Ihnen das erspart bleiben allen miteinander. Wir sind jedenfalls dafür, dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zuzustimmen, haben aber nichts dagegen, das auch im Ausschuss noch einmal zu diskutieren. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Meyer. Das negative Gendern in Bezug auf die Präsidentin finde ich schon spannend. Wir sollten noch einmal darüber reden, wie Sie das meinen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war aber nett gemeint.)

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Zeh für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Zeh, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Vorweg, Herr Meyer, ich habe bei dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag an keiner Stelle und nie an irgendein Klientel gedacht, sondern ich habe eigentlich immer nur daran gedacht, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist das Problem.)

zukunftsfähig machen wollen. Wenn es uns beiden darum geht, dann können wir uns, glaube ich, an der Stelle wieder gemeinsam treffen.

Ich will vorweg sagen, meine Damen und Herren, wir haben an keinem Rundfunkänderungsstaatsvertrag so viel im Vorfeld bereits diskutiert. Das ist loblich.

(Beifall SPD)

Ich möchte hier ausdrücklich der Landesregierung einen Dank erstaten. Eine solche Diskussionskultur ist bei den Rundfunkänderungsstaatsverträgen bisher nicht üblich gewesen. Herzlichen Dank noch einmal dafür.

(Beifall CDU)

Allerdings bin ich nicht so ganz sicher, ob wir überhaupt wirklich über den 15. Änderungsstaatsvertrag reden, denn es gibt ja gar keinen 14. Der 14. ist ja in NRW nicht bestätigt, also ist das eigentlich der 14., der aber der 15. heißt. Ich denke, jenseits dieser Formalie zeigt das auf ein Dilemma hin, dass nämlich - in Nordrhein-Westfalen ist das geschehen, dass das erste Mal ein Staatsvertrag nicht bestätigt wurde - wir als Abgeordnete in einer, sagen wir mal, uns ureigenen Zuständigkeit als Land uns überhaupt nicht einmischen können in die eigentliche Ausgestaltung eines solchen Staatsvertrags. Wir können keine Änderungen, wir können keine Details beschließen. Wir können entweder nur zustimmen oder nur ablehnen. Ich gebe zu, das ist nicht sehr befriedigend. Das entspricht auch nicht meinem Demokratieverständnis. Aber ich habe auch keine Lösung, wie man das Dilemma lösen könnte. Denn es ist nun mal so, dass ein Staatsvertrag 16 Stimmen, 16 Länder braucht. Vielleicht kann sich darüber mal jemand Gedanken machen, wie das vielleicht in Vereinbarung mit unseren allgemeinen Grundsätzen noch zu regeln ist. Schön ist es nicht.

Wir haben bei unserer Entscheidungsfindung nur die Möglichkeit zu sagen: Gibt es in Gänze in dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag Verbesserungen zu dem, was wir bisher hatten? Wird das System dadurch den Zukunftsanforderungen gerecht oder ist es nicht so? In dieser Frage will ich gleich für die CDU-Fraktion anzeigen, dass wir einer Übernahme des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags in Landesrecht die Zustimmung empfehlen werden, insbesondere dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, denn das ist der Kern unserer Diskussion. Das heißt, dass wir am Ende nicht mit allem einverstanden sind, was dort geschieht, aber mit dem meisten, weil wir das in einer positiven Entwicklung sehen. Ich will aber auch ausdrücklich sagen, dass wir kritische Punkte sehen, auf die werde ich dann im Einzelnen noch eingehen.

Am Ende geht es, das hatte ich bereits am Anfang gesagt, um die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die hängt nun einmal von der soliden Finanzierungsgrundlage ab. Langfristig ist diese mit der alten Gebührenregelung nicht mehr gegeben. Wir wissen, dass die technische Entwicklung so rasant voranschreitet, dass man heute mit Handys, mit iPads, Laptops und anderen technischen Geräten spielend öffentlich-rechtliche Angebote nutzen kann. Junge Leute brauchen heute keine Fernseher und keine Radios